

Einwendungen gegen die A 22

Raumordnungsbehörde A22
Regierungsvertretung Lüneburg
Auf der Hude 2A

21339 Lüneburg

Raumordnungsverfahren A22

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Planung der A 22 lehne ich ab und beantrage, das Verfahren einzustellen. Zur Begründung trage ich vor:

Die Autobahn A 22 macht krank, beeinträchtigt die Lebensqualität, zerstört die Umwelt und das Klima und verschwendet Steuergelder!

Sie garantiert weder Wirtschaftswachstum, noch zusätzliche Arbeitsplätze und kann die regionale Wirtschaft schwächen!

Gesundheit und Lebensqualität

Die A 22 führt zu einer erhöhten Lärmbelastung in der Region, die gerade nach neuesten Forschungen mit erheblichen, bisher nicht beachteten gesundheitlichen Folgen verbunden ist. Sie verursacht zusätzliche Luftbelastungen durch Feinstäube und andere Schadstoffe. Sie zerschneidet bisher ungestörte Natur- und traditionelle Kulturlandschaften, in diesem Fall einen der wenigen größeren Räume, die noch unzerschnitten sind. Sie verursacht die räumliche Trennung sozialer Kontakte, beeinträchtigt die Naherholung und das Landschaftsbild in einer Art und einem Ausmaß, das nicht ausgleichbar ist.

Ökologie

Die A 22 führt zu einer umfangreichen Überbauung und Versiegelung von wertvoller Natur- und Kulturlandschaft. Sie zerschneidet und zerstört wertvolle Biotope und Schutzgebiete verschiedener Ausprägung mit der Gefahr einer ungesunden Inselbildung. Sie schädigt Fauna und Flora im Trassenbereich und weit darüber hinaus und gefährdet die Artenvielfalt.

Die A 22 wird zusätzliche überflüssige Verkehre induzieren, die mit ihren Emissionen den Klimawandel weiter anheizen. Sie wirkt kontraproduktiv auf die klimafreundliche Verlagerung von Verkehren von der Straße auf Schiene und Wasserstraße.

Die Abgas-Schadstoffe der Fahrzeuge verursachen Bodenvergiftungen im Umkreis der Trasse.

©

Quelle: <http://www.klein.gruene-niedersachsen.de>

Das Grundwasser wird gefährdet durch diese Schadstoffe, aber auch durch baubedingte Grundwasserabsenkungen und die Zerschneidung von Grundwasserleitern.

Wirtschaft

Die A 22 ist im wesentlichen eine Transitautobahn ohne regionale Wertschöpfung und verursacht in den Standortregionen negative wirtschaftliche Effekte. Diese Schwächung der regionalen Wirtschaft wird ausgelöst, durch leichter abfließende Kaufkraft, durch eine Verschärfung der Wettbewerbslage für regionale Betriebe durch schnellere Erreichbarkeit aus den Metropolen und durch eine relative Stärkung der ARA-Häfen gegenüber Wilhelmshaven, Bremerhaven und Hamburg.

Es drohen Arbeitsplatzverluste im Tourismusbereich, in der Landwirtschaft und durch "Aussiedlerbetriebe", die die bessere Erreichbarkeit der Metropolen nutzen.

Der **Tourismus** verliert an Attraktivität durch die Landschaftsbildzerstörung, die Lärm- und Schadstoffemissionen und die Durchtrennung von Naturlandschaften und Biotopen. Die Abwanderung von Touristen in Richtung Ostsee wird provoziert und erleichtert.

Die **Landwirtschaft** verliert in großem Umfang landwirtschaftliche Nutzfläche durch die Überbauung von der Trasse und durch Nebenbauwerke, durch Schadstoffbelastungen und durch die erforderlichen Ausgleichsflächen. Die Flächenverknappung führt zu Pacht- und Bodenpreissteigerungen. Die Trenneffekte erhöhen die Betriebskosten.

Weitere wirtschaftliche Schäden für alle, die im Bereich der geplanten A 22 wohnen ergeben sich aus der Wertminderung für Häuser und Grundstücke.

Staat und Kommunen

Angesichts dieser Nachteile bedeutet ein Bau der A 22 mit ihren erheblichen Kosten eine grandiose Verschwendung von Steuergeldern. Das Kosten/Nutzen-Verhältnis ist unakzeptabel schöngerechnet und beruht auf falschen Annahmen. Angesichts der in weiten Teilen instabilen Bodenverhältnisse sind die Baukosten erheblichen Risiken nach oben ausgesetzt. Die Folgekosten werden vernachlässigt. Sinnvolle und i.d.R. preisgünstigere Alternativen werden blockiert.

Die Planungen ignorieren die demografische Entwicklung und verzichten darauf technische Entwicklungen, die auch durch die Klimaproblematik ausgelöst werden zu prognostizieren.

Die Finanzierungsrisiken im BVWP werden ausgeblendet und die riskante Vorfinanzierung der Planung auf die Region abgeschoben.

Schon die Planung, erst recht ein Bau der A 22 schränken die Möglichkeiten einer örtlichen Entwicklung und Planung und damit der Kommunalen Selbstverwaltung erheblich ein. Dies geschieht durch die Autobahntrasse selbst, durch Zubringer und Nebenbauwerke, sowie durch die bereit zu stellenden Ausgleichsflächen.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Hans-Jürgen Klein

